

# Frauenpolitik in der Friedrich-Ebert-Stiftung

2. Auflage 1994

Herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle der  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Text: Angelina Hermanns, VISUELLE Köln

Redaktion: Klaus-Peter Schneider, FES

Titelfotos: Rühmekorf

Fotos: FES, ECAM, Fiegel, Hüdig, Kesselring, Mueller/outtec,  
Rühmekorf, Schulz-Fieguth, Spiegl, Windeck/Bonn-Sequenz,

Layout: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn

Druck: satz + druck GmbH, Düsseldorf

Printed in Germany 1994

ISBN 3 - 86077 - 229 - 5

# Inhaltsverzeichnis

|    |                                                                           |
|----|---------------------------------------------------------------------------|
| 4  | Anstatt eines Vorwortes                                                   |
|    | Interview mit Christel Nickel-Mayer                                       |
| 6  | Der Gesprächskreis Frauenpolitik                                          |
| 8  | Frauenpolitik in den neuen Bundesländern                                  |
| 11 | Internationale Konferenzen                                                |
| 15 | Frauen gestalten den demokratischen Wandel                                |
| 17 | Beispiel: Frauenpolitik in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit |
| 19 | Beispiel: Frauenprojekte in Indien                                        |
| 21 | Rechtsberatung für Frauen – Ein Beispiel aus Ecuador                      |
| 23 | Beispiel: Frauen und Gewerkschaften in Lateinamerika                      |
| 25 | Beispiel: Medienprojekte in Afrika                                        |
| 27 | Frauenforschung in der Friedrich-Ebert-Stiftung                           |
| 29 | Studienförderung Ehemalige Stipendiatinnen erinnern sich                  |
| 32 | Veröffentlichungen                                                        |

# Anstatt eines Vorwortes

Christel Nickel-Mayer, Mitglied der Geschäftsführung der Friedrich Ebert-Stiftung

**Frage:** Eine der wichtigsten Aufgaben Ihrer Stiftung ist die politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen. Welchen Platz nimmt dabei ein spezielles frauenpolitisches Engagement ein?

**Christel Nickel-Mayer:** Frauenpolitik ist für mich Gesellschaftspolitik. Und solange die Gleichstellung von Frau und Mann noch nicht durchgesetzt ist, hat unsere Stiftung hier eine besondere Aufgabe. Wir müssen dazu beitragen, daß Frauen sich auf allen Gebieten qualifizieren und ihren Anspruch auf Teilnahme an der politischen Verantwortung durchsetzen können.

An unseren etwa 2.000 Veranstaltungen pro Jahr zur politischen Erwachsenenbildung nehmen zu 40 % Frauen teil. Außerdem fördern wir Frauen als Stipendiatinnen. In der Grundförderung liegt unser Frauenanteil bei über 39 % und damit um ein Viertel höher als in vergleichbaren Einrichtungen. Und bei der Graduiertenförderung haben wir einen Frauenanteil von 38 %, eine weit höhere Quote als die von Doktorandinnen an deutschen Universitäten.

Unser Ziel ist es, daß diese Frauen mit ihren qualifizierten Abschlüssen in Entscheidungspositionen kommen.

**Frage:** Sehen Sie Ihre Arbeit heute auch als eine Fortführung in der Tradition der Frauenbewegung?

**Christel Nickel-Mayer:** Auf jeden Fall. Im letzten Jahr hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Stuttgart mit einer Festveranstaltung an die 1. internationale Konferenz sozialistischer Frauen erinnert, die dort 1907 stattfand. Von dieser und den folgenden Konferenzen kamen wichtige politische Impulse etwa zur Einführung des Frauenwahlrechts oder zur Friedenspolitik. Viele Themen, die dort behandelt wurden, muten sehr modern an: das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, auf Kinderkrippen- und Kindergartenplätze und auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Tradition hat auch unser Bemühen, Frauenarbeit aufzuwerten und als gesellschaftspolitisches Thema zu begreifen. Schließlich war es August Bebel, der die Gewerkschaften aufforderte, die Fabrikarbeiterinnen in den politischen Kampf einzubeziehen.

**Frage:** Die Stiftung bietet auch in den neuen Bundesländern eine ganze Reihe von Seminaren und Veranstaltungen speziell für Frauen an. Was waren Ihre Gründe, sich dort so stark zu engagieren, und was sind die Schwerpunkte der Arbeit?

**Christel Nickel-Mayer:** Der deutsche Einigungsprozeß ist eine Herausforderung für die Frauenpolitik der Stiftung. Frauen tragen in ganz besonderem Maße die Lasten dieses Prozesses, sind zum Beispiel überproportional betroffen von Arbeitslosigkeit. Nicht selten reagieren sie darauf mit Mutlosigkeit oder auch dem Bedürfnis nach Rückzug aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, ein vielleicht verständlicher Wunsch, aber auch ein gefährlicher.

Darum muß unser Engagement für die Frauen in den neuen Bundesländern ihnen Rüstzeug verschaffen für politisches Handeln. Es muß ihr Selbstbewußtsein stärken, sich in gesellschaftliche Prozesse einzumischen. Wir müssen den Frauen Mut machen, ihnen Luft geben zum Atemholen, um dann gestärkt wieder in der politischen Arbeit dabeizusein.

Frauen müssen den demokratischen Wandel mitgestalten. Nur so erreichen wir, daß es künftig mehr Rechte für Frauen in einer neuen Verfassung geben wird.

**Frage:** Was sind für Sie die Hauptgefahren in einer Stimmung von allgemeiner Politikverdrossenheit?

**Christel Nickel-Mayer:** Frauen müssen präsent bleiben, dürfen sich auf keinen Fall zurückziehen. Die Erfolge der Frauenbewegung seit Beginn dieses Jahrhunderts waren immer gefährdet, Frauen konnten sich nie auf dem Erreichten ausruhen. Die zunehmende Individualisierung und die Flucht ins Private sehe ich als eine ernste Gefahr für die Emanzipation der Frau. Ansprechen müssen wir jetzt auch die Töchtergeneration, die Generation der jungen Frauen, die manchmal vielleicht denken, es gäbe nichts mehr, was sie sich noch erkämpfen müßten.

**Frage:** In der Friedrich-Ebert-Stiftung war die Förderung der internationalen Verständigung und die Partnerschaft zu den Entwicklungsländern immer schon ein wichtiges Thema. Wie hat sich daraus ein Frauenschwerpunkt entwickelt?

**Christel Nickel-Mayer:** In der Entwicklungspolitik stand die wirtschaftliche Förderung, die Absicherung der sozialen Existenz am Anfang. In der Stiftung haben wir aber schon sehr früh bemerkt, daß vor allem Frauen die Ernährerinnen der Familien waren, daß sie als Kleingewerbetreibende und Bäuerinnen innovativ waren, nach neuen Möglichkeiten suchten. Diese Frauen zu fördern wurde von uns schon bald als entwicklungspolitischer Schwerpunkt übernommen. Daraus entstand der nächste Schritt, nämlich diese Frauen zu politischem Handeln weiterzuqualifizieren, ihnen gesellschaftliche Anerkennung zu verschaffen.

**Frage:** Und wie vermeiden Sie, daß Entwicklungspolitik, auch eine frauenspezifische, eine Einbahnstraße von der sogenannten Ersten zur Dritten Welt bleibt?

**Christel Nickel-Mayer:** Mir ist der Besuch einer indischen Frauendelegation noch sehr deutlich in Erinnerung. Als sie nach einer Rundreise durch die alten und neuen Bundesländer hier bei mir Station machten, sagten sie: „Wir verstehen gar nicht, warum viele Frauen hier so mutlos sind. Ihr lebt doch im reichen Westen, ihr habt doch alle Chancen. Warum ergreift ihr sie nicht?“ Ich denke, wir Frauen der „Ersten“ Welt können vom Mut und der Solidarität der Frauen in der Dritten Welt vieles lernen. Darum ist mir auch der internationale Austausch so wichtig. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt überall in der Welt Konferenzen gerade zur Situation der Frauen und ihrer Rolle im Prozeß der Demokratisierung. Ich denke, daß es sehr wichtig ist, diesen Themen eine Öffentlichkeit zu schaffen. Begegnung und Austausch sind Instrumente, um Netzwerke zu knüpfen, in einen Dialog einzutreten und die Bedeutung von Frauenthemen auf internationaler Ebene klarzumachen.

**Frage:** Welche Zielgruppe wollen Sie mit Ihren Angeboten erreichen?

**Christel Nickel-Mayer:** Unsere Stiftung ist offen für alle gesellschaftlichen Gruppen. Es gibt Frauenseminare in Bildungseinrichtungen, Fachtagungen für bestimmte Berufsgruppen etc. Offen sind wir für alle, besonders verpflichtet aber sind wir unserer ureigensten Zielgruppe, den sozial Benachteiligten.

Frauenpolitik hat einen hohen Stellenwert in der Arbeit unserer Stiftung. Und sie hat dies aus einem klaren Selbstverständnis heraus, unabhängig davon, ob Frauenpolitik nun gerade Konjunktur hat oder nicht. Frauenpolitisches Engagement ist für uns kein Modethema, das je nach Laune wieder verschwindet, sondern ein ständiger Auftrag mit Blick auf die Zukunft.

# Der Gesprächskreis Frauenpolitik

**Renate Schmidt, MdB,  
Vizepräsidentin des  
Deutschen Bundesta-  
ges, hatte die Leitung  
des Gesprächskreises  
Frauenpolitik von  
1987 bis 1990 inne**

Bereits 1986 wurde der Gesprächskreis Frauenpolitik in der Friedrich-Ebert-Stiftung eingerichtet. Sie reagierte damit auf das wachsende Interesse an frauenpolitischen Themen und auf den Wunsch vieler Frauen, ein eigenes Forum für diese Themen zu haben.

Die Zielsetzung ist seither gleich geblieben. Der Gesprächskreis soll interessierten Frauen und Männern aus Gewerkschaften, Politik, Wissenschaft, Medien und vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen die Möglichkeit geben, sich über gleichstellungspolitische Fragen auszutauschen. Er soll dazu beitragen, daß ein Netzwerk zur besseren Information und zur besseren Durchsetzung frauenpolitischer Anliegen entsteht. Wie vielfältig das Themenspektrum von Anfang an war, zeigt ein Blick auf die Arbeit der vergangenen Jahre:

■ Schon 1986 beschäftigte sich der Gesprächskreis mit den Vorteilen einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung, überprüfte die betrieblichen Erfahrungen auf Vor- und Nachteile für Frauen.

■ 1988 war die tägliche Erniedrigung von Frauen durch Gewaltpornographie ein Schwerpunktthema, das über Parteigrenzen hinweg eine breite Diskussion initiierte.

■ 1989 stand das Thema Frau und Technik im Mittelpunkt und wurden die Folgen der Gentechnologie für das Selbstbestimmungsrecht der Frau diskutiert.

Viele Themen werden seit Bestehen des Gesprächskreises immer wieder auf ihren aktuellen Stand abgefragt. So etwa die Frauenförderung. Ob es um Frauen in Führungspositionen geht, um bessere Berufschancen durch betriebliche Frauenförderung oder die Frauenförderpläne im öffentlichen Dienst: die Entwicklung der Gleichstellungspolitik, ihre Erfolge und ihre Defizite werden im Gesprächskreis immer neu diskutiert.

## Im Gesprächskreis Frauenpolitik

■ werden aktuelle politische Themen auf-gegriffen und weiterentwickelt.

■ werden neue frauenpolitische Anliegen in die öffentliche Diskussion gebracht.

■ werden Politikerinnen, Gewerkschafterinnen, Wissenschaftlerinnen und Frauen aus vielen anderen gesellschaftlichen Be-reichen zusammengebracht, um frauenpolitische Anliegen voranzutreiben,

■ werden Lösungsansätze und Strategien zur Bewältigung aktueller politischer Probleme erarbeitet und Perspektiven für die politische Umsetzung aufgezeigt.

Auch die Arbeitswelt ist durch die Jahre ein Schwerpunktthema geblieben. Es ging um Beschäftigungsinitiativen für Frauen, Frauen in Betriebsräten, sozial ungeschützte Arbeitsverhältnisse oder Frauenperspektiven auf dem Arbeitsmarkt.

Wie schnell der Gesprächskreis dabei auf ein politisch brisantes Thema reagiert, zeigt ein Beispiel aus dem letzten Jahr:

Im Januar 1992 hob das Bundesverfassungsgericht das seit 1938 geltende Nachtarbeitsverbot für Frauen auf, da es nicht im Einklang mit dem Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes stehe. Schon 2 Monate später, im März 1992, brachte der Gesprächskreis Expertinnen und Interessierte zusammen, um sich mit den Konse-

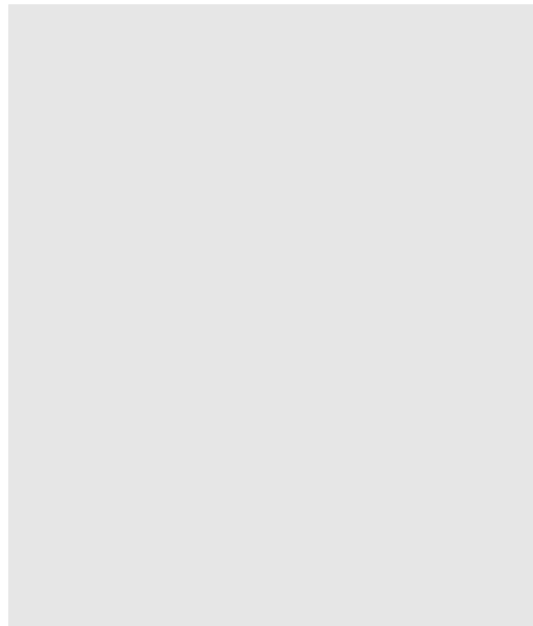
quenzen dieses Urteils zu beschäftigen. Das Ergebnis: Die SPD Bundestagsabgeordnete Ulla Schmidt und die Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialforschung des Landes Hessen, Heide Pfarr, entwickelten mit den Teilnehmerinnen des Gesprächskreises konkrete Vorschläge für gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen für Arbeitnehmerinnen, die von Nachtarbeit betroffen sind.

Themenbeschränkungen für die Diskussionen des Gesprächskreises gibt es nicht, denn frauenspezifische Aspekte finden sich in allen Politikfeldern, in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, in der Sozialpolitik. Der Gesprächskreis versteht Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe, als Gesellschaftspolitik.

Ein Beispiel dafür ist die Veranstaltung „Ein Zimmer für sich allein?“, die sich mit Fragen des Wohnungs- und Städtebaus aus Frauensicht beschäftigte.

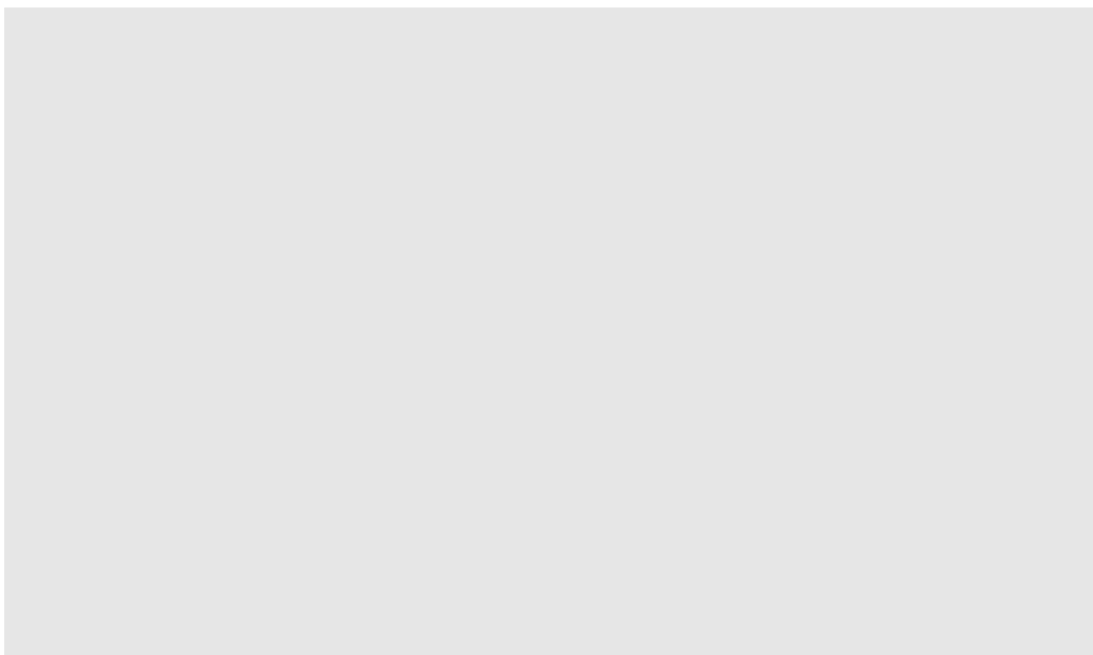
Im Juni 92 kamen Stadtplanerinnen, Architektinnen und die nordrhein-westfälische Ministerin für Bauen und Wohnen, Ilse Brusis, zusammen, um mit den Teilnehmerinnen darüber zu diskutieren, welche Auswirkungen die wachsende Wohnungsnot hat, ob im Städtebau die Bedürfnisse von Frauen und Kindern genügend berücksichtigt werden und wie einkommensschwache und sozial benachteiligte Gruppen wie alleinerziehende und schwangere Frauen in Wohnungsbauprogrammen besonders gefördert werden können.

Der Gesprächskreis kommt auch zusammen, um schon im Vorfeld wichtiger frauenpolitischer Entscheidungen zu informieren und an ihrer Durchsetzung mitzuarbeiten.



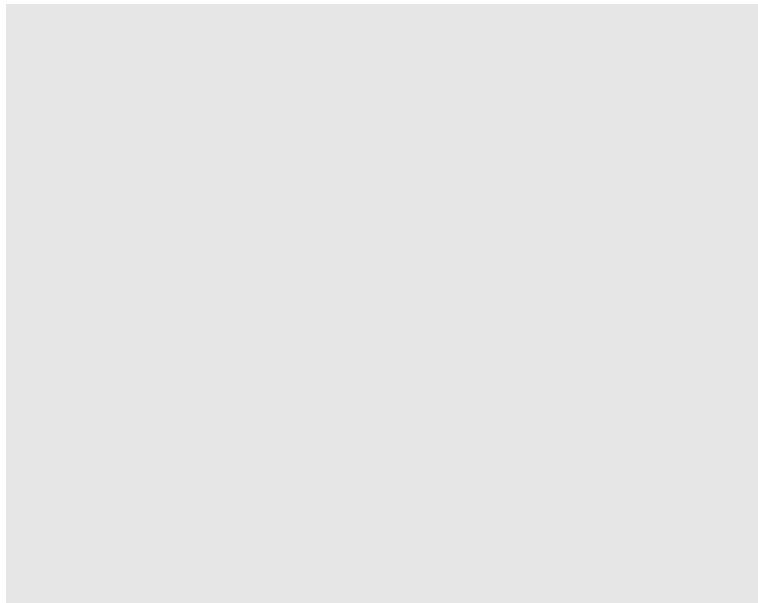
**Ilse Brusis, Ministerin  
für Bauen und Wohnen  
des Landes NRW**

So trafen sich im Herbst 1992 mehr als hundert Teilnehmerinnen, um die Vorschläge für ein neues Gleichstellungsgesetz zu prüfen. Ilse Janz, Vorsitzende der ad hoc-Arbeitsgruppe Gleichstellungsgesetz der SPD-Bundestagsfraktion, und Vertreterinnen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber stellten ihre Überlegungen zur Diskussion. Damit gelang dem Gesprächskreis, was in vielen politischen Bereichen leider die Ausnahme ist: ein sachlicher Dialog über unterschiedliche Positionen jenseits aller Profilierungssucht. Und das einhellige, ermutigende Ergebnis, daß Frauenförderung und Gleichstellungspolitik keine karitative Maßnahme großherziger Betriebe und Verwaltungen sein kann, sondern die Chance, sich die Qualifikation und Kompetenz von Frauen zu sichern.



**Ulla Schmidt, MdB,  
Vorsitzende der  
Querschnittsgruppe  
Gleichstellung von  
Frau und Mann, hat  
die Leitung des  
Gesprächskreises  
Frauenpolitik 1992  
übernommen**

# Frauenpolitik in den neuen Bundesländern

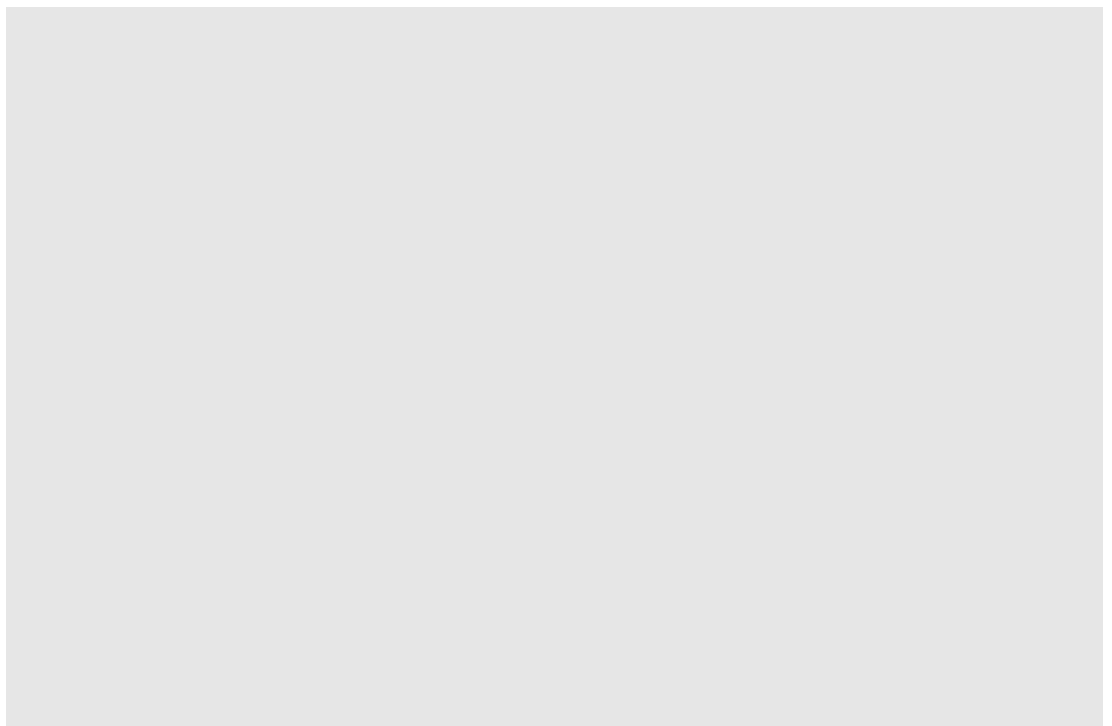


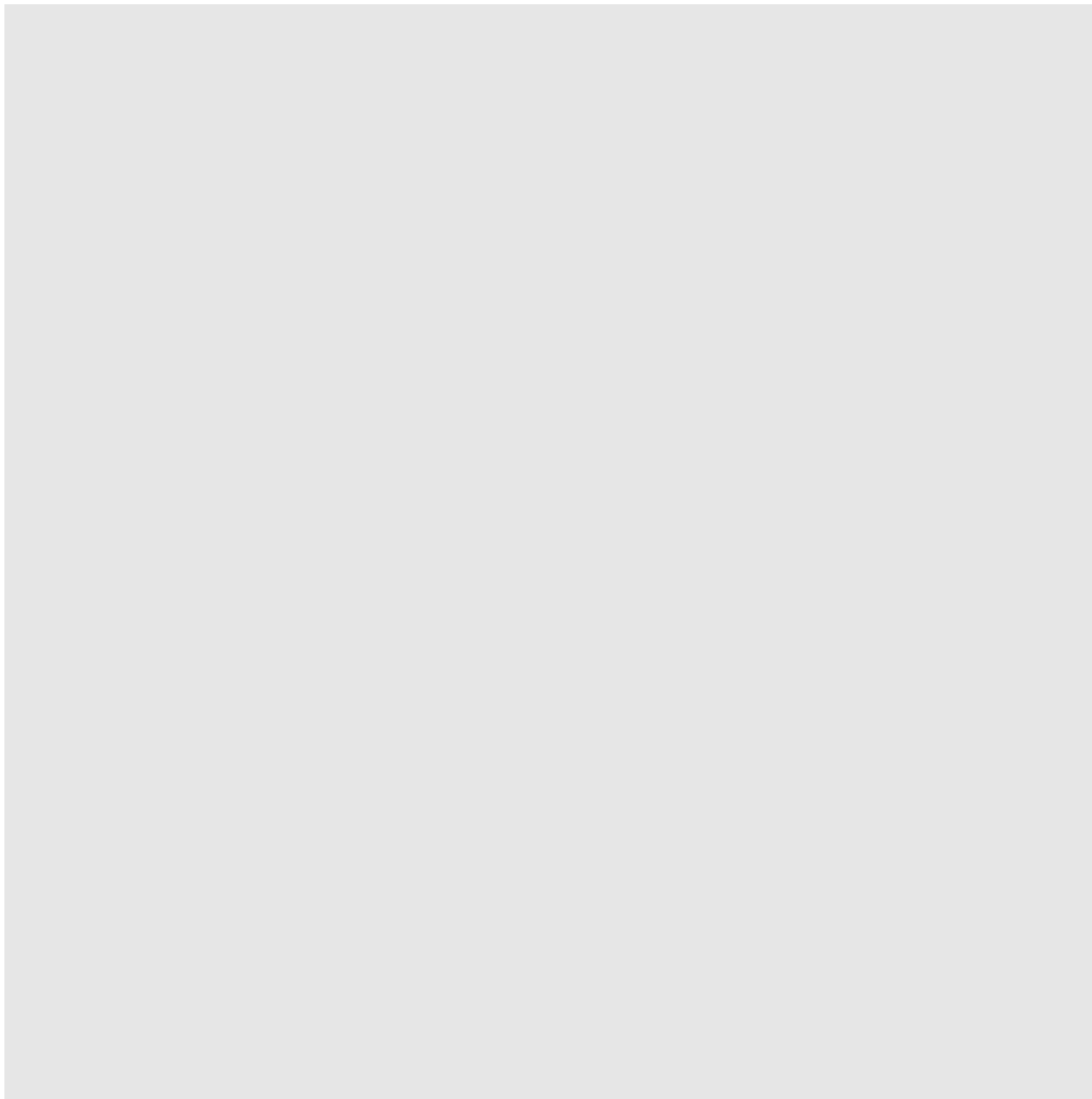
**Dr. Regine Hildebrandt**, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, hat sich von Anbeginn aktiv am Engagement des Referates Frauenpolitik in den neuen Bundesländern beteiligt

**Ulla Schmidt**, MdB, im Gespräch mit Teilnehmerinnen des Gesprächskreises Frauenpolitik zum Thema „Ein neuer Gesellschaftsvertrag für Gesamtdeutschland, Leipzig 1992

Schon 1990 begann die Stiftung ihr frauenpolitisches Engagement in den neuen Bundesländern mit dem Aufbau regionaler frauenpolitischer Gesprächskreise und einem breiten Angebot von Veranstaltungen, Fachtagungen und Seminaren. Die Gründe für dieses Engagement sind bis heute leider gleich geblieben:

- Frauen sind vom gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Umbruch in besonderem Maße betroffen;
  - die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen des Vereinigungsprozesses, hohe Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit, treffen sie besonders hart;
  - wie häufig in Zeiten wirtschaftlicher Rezession und knapper Arbeitsplätze sind konservative Vorstellungen zur Rolle der Frau im Aufwind, wird versucht, Frauen ins Heim und an den Herd zurückzudrängen.
- Erschwerend kommt für sie hinzu,
- daß zahlreiche Kinderbetreuungseinrichtungen der Sparpolitik zum Opfer fielen,
  - daß durch den Vereinigungsprozeß viele Frauenrechte gekippt wurden,
  - daß vor allem alleinerziehende Mütter angesichts rasant steigender Mieten immer schwerer ausreichenden Wohnraum finden.
- Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung Veranstaltungen zur Frauenpolitik zu einem wichtigen Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht, in denen sowohl Grundlagenwissen über Wirtschaft, Gesellschaft und Staat vermittelt als auch öffentliche





**Frauentreffen in Schwerin 1992:**  
**Gerlinde Schnell** (rechts), Landtagsabgeordnete aus Greifswald, war gefragte Gesprächspartnerin auch für die aus Rostock angereisten Frauen **Karla Staszak (Mitte)** und **Brigitte Pless (links)**

Diskussionen über aktuelle frauenpolitische Themen geführt werden.

Die Themenpalette reicht von Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, humanem Wohnungs- und Städtebau über verfassungsrechtliche und gleichstellungspolitische Fragen bis hin zur sozialen Sicherung, der Europapolitik und der Reform des § 218.

### **Beispiele**

Durch ihre frühen Kontakte in den neuen Bundesländern konnte die Stiftung eine Reihe frauenpolitischer Anliegen mit unterstützen. Bereits 1990 begann eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg. Sie wurde im Rahmen von Fachtagungen zur kommunalen Gleichstellungspolitik und zur Frauenförderung in der Privatwirtschaft und im ländlichen Bereich erfolgreich fortgeführt. So nahmen an einer Tagung zum Thema „Kommunale Gleichstellungspolitik“, die gemeinsam von der brandenburgischen Arbeitsministerin Regine Hildebrandt und der nord-

rhein-westfälischen Frauenministerin Ilse Ridder-Melchers durchgeführt wurde, mehr als 120 Gleichstellungsbeauftragte sowie Vertreterinnen aus Politik, Gewerkschaften, Fraueninitiativen und Medien teil.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte eigens für diese Tagung eine Studie erarbeitet, in der sie die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in Brandenburg vorstellte. So wurde es möglich, diesen wichtigen frauenpolitischen Bereich erstmals umfassend darzustellen, seine Probleme aufzuzeigen und Lösungen für die Zukunft zu entwickeln.

Die Stiftung versteht sich aber auch als Forum der Begegnung für Frauen aus Ost und West. In Schwerin und in Leipzig fanden 1992 Treffen statt unter dem Titel „Frauenbewegung Ost – Frauenbewegung West, was trennt sie und was eint sie?“ Über vierzig Jahre Frauenalltag und Frauenpolitik in Ost und West tauschten sich die Teilnehmerinnen aus, über Gemeinsamkeiten und Trennendes. Und vor allem darüber, wie ein Weg in die Zukunft aussehen könnte.

**Ilse Ridder-Melchers,  
Ministerin für die  
Gleichstellung von  
Frau und Mann des  
Landes NRW**

1993 trafen sich Vertreterinnen von kommunalen Initiativen und Frauenhäusern, Politikerinnen und Wissenschaftlerinnen aus allen Teilen Deutschlands, um über die Situation von Frauenhilfsorganisationen in den neuen Bundesländern zu diskutieren:

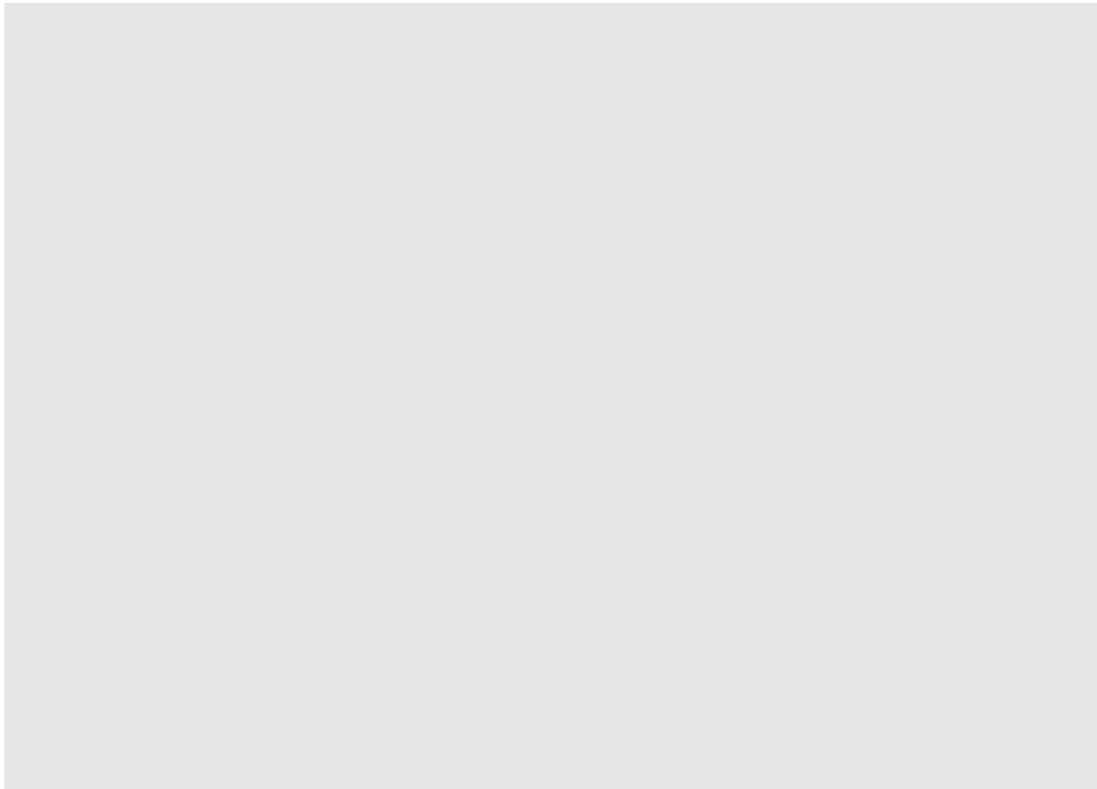
Wie steht es mit Einrichtungen, wie zum Beispiel Frauenhäusern, in Zeiten, in denen die Kassen leer, die Probleme aber drängend sind? Ist Gewalt gegen Frauen dann überhaupt ein Thema? Fazit des Treffens: nicht mangelnde Einsatzbereitschaft, sondern fehlende finanzielle und logistische Unterstützung lassen viele Aktivitäten im Sande verlaufen. Positive Zeichen: die Sensibilität gegenüber dem Thema „Gewalt“ hat zugenommen. Und: die brandenburgische Landesregierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der die Einrichtung und Erhaltung der Frauenhäuser garantieren soll. Fazit der Teilnehmerinnen: ein fruchtbarer Erfahrungsaustausch, mit vielen gegenseitigen Anregungen, Tips und persönlichen Begegnungen.

#### **Das frauenpolitische Engagement der Friedrich-Ebert-Stiftung in den neuen Bundesländern fördert und unterstützt:**

- die politische Beteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen,
- den Aufbau kommunaler Gleichstellungsarbeit, u.a. durch die Erarbeitung von Konzepten und Empfehlungen für Satzungen und Kommunalverfassungen,
- die gewerkschaftliche und betriebliche Frauenarbeit,
- die Entstehung von Beschäftigungsinitiativen,

- den Dialog zwischen Frauen in West und Ost,
- die Eigeninitiative und die stärkere Beteiligung an allen Entscheidungsprozessen,
- den Aufbau von Frauennetzwerken,
- die Teilnahme von Frauen am demokratischen Erneuerungsprozeß,
- die Präsenz von Frauen in gesellschaftlichen Führungspositionen,
- den Wandel der politischen Kultur.

# Internationale Konferenzen



**Festveranstaltung  
im Stuttgarter  
Neuen Schloß mit  
internationalen  
Teilnehmerinnen**

Einen wesentlichen Teil der frauenpolitischen Aktivitäten in der Friedrich-Ebert-Stiftung bilden internationale Fachtagungen und Konferenzen. Sie sind eine Begegnungsstätte für Frauen aus allen Teilen der Welt und ein öffentliches Forum für deren Beteiligung und Einflußmöglichkeiten an allen wichtigen politischen Ereignissen.

Einen Schwerpunkt bilden dabei die Unterstützung der Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa und die Förderung des Friedensdialogs im Nahen Osten.

## **Beispiele**

So organisierte die Stiftung im Oktober 1991 unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth und Vizepräsidentin Renate Schmidt in Brüssel die erste europäisch-arabische Parlamentarierinnenkonferenz, die sich mit Wegen zu einer umfassenden Friedensregelung im Nahen Osten beschäftigte.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Lage der Weltpolitik, der verheerenden Folgen des Golf-

kriegs für die betroffenen Menschen und den nach wie vor ungelösten Problemen in der Region des Nahen Ostens diskutierten Parlamentarierinnen aus 12 Ländern der Arabischen Liga und 10 europäischen Ländern miteinander. Angesprochen wurden aber auch grundsätzliche Fragen der europäisch-arabischen Beziehungen, so daß die Konferenz neben wichtigen Impulsen für einen von Frauen mitbestimmten Frieden im Nahen Osten auch in vielen Gesprächen und Begegnungen Vorurteile abbauen half.

Mit der „Rolle von Frauen in den gesellschaftlichen und politischen Bewegungen der Gegenwart in der Tschechoslowakei“ beschäftigte sich im September 1991 eine Fachtagung in Prag. Einen Monat später wurde das Gespräch in Warschau fortgesetzt. Das Thema: „Polen: Eine Gesellschaft im Umbruch – neue Wege für Frauen.“ Beide Konferenzen haben den Dialog von Frauen aus West- und Osteuropa über aktuelle wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen gefördert. Sie haben die Frauen zur stärkeren Beteiligung an

### Arabisch-europäisches Parlamentarierinnentreffen/Brüssel Oktober 91

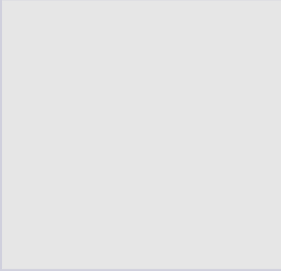
Die Resolution des arabisch-europäischen Parlamentarierinnentreffens forderte:

- eine angemessene Beteiligung von Frauen an allen Delegationen,
- das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser gleichberechtigt mit dem Existenzrecht des Staates Israel,
- die Überwindung von Ungleichheiten bei dem Zugang zu den regionalen Ressourcen Öl, Wasser und Boden,
- die Einrichtung eines Nahost-Entwicklungsfonds,
- die Freigabe der besetzten Gebiete und die Beendigung jeglicher fremdbestimmter Siedlungspolitik,
- die Aufhebung des nicht-militärischen UN-Embargos gegen den Irak aus humanitären Gründen,
- die Ächtung von Produktion, Verkauf, Kauf und Lagerung von Waffen sowie aktive Abrüstung in der Krisenregion.

allen politischen Entscheidungsprozessen ermutigt und den Aufbau eigener Netzwerke angestoßen.

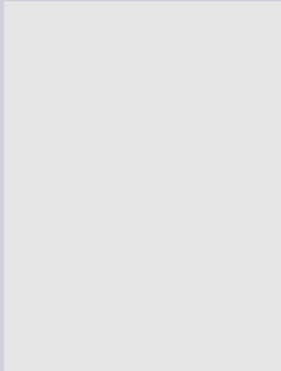
Am 17. August 1907 trafen in Stuttgart 58 Delegierte aus aller Welt zur Ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zusammen. Sie nahmen eine Resolution über das Frauen-Stimmrecht an, das zum Ausgangspunkt eines unermüdlichen Kampfes für die politischen Rechte der Frau wurde.

An diesen Gründungstag vor 85 Jahren erinnerte die Friedrich-Ebert-Stiftung im August 1992 wiederum in Stuttgart mit einer Festveranstaltung unter dem Motto „Macht für Frauen zur Überlebenssicherung in einer solidarischen Welt“. Frauen aus aller Welt zogen Bilanz über die Fragen, was sie in der Zeit seit der Gründung der Sozialistischen Internationale erreicht haben, wo es Rückschläge gab, wie sich die jüngsten politischen Veränderungen in Ost und West auswirken könnten und was Frauen für die Zukunft anstreben sollten.



**Eva Rühmkorf,**  
**Ministerin a.D.**

„Existentielle Entscheidungen, von Maastricht bis zum Wirtschaftsgipfel, vom Umweltgipfel in Rio bis zu den Genfer Jugoslawienkonferenzen, werden von männlichen Politikern getroffen. Dies bedeutet, daß bei allen Überlegungen, Planungen und Entscheidungen für die weitere Entwicklung der Welt die Erfahrungen und Kenntnisse der Hälfte der Menschheit nicht berücksichtigt, nicht genutzt werden.“



**Portia Simpson,**  
**Ministerin für Arbeit, Soziales und Sport in Jamaika, Vizepräsidentin der People's National Party**

„Die Sozialistische Frauen-Internationale (SFI) ist eine große Bewegung. Derselbe Geist der Disziplin, der Hingabe und Ausdauer hat den Kampf der Frauen in der Karibik und in Lateinamerika in den letzten 20 Jahren geprägt, in ihren Bemühungen um politische Rechte, soziale Gleichheit und Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Wir Frauen in Jamaika werden, mit Unterstützung unserer Schwestern in der SFI, den Kampf um die Verbesserung des Status und der Lebensbedingungen bei uns und anderswo in der Welt weiterführen.“

**Portia Simpson im  
Gespräch mit der  
ehemaligen Bundes-  
tagsabgeordneten  
Hedwig Meermann**

**Christina K. Valte,  
Mitarbeiterin von  
Harnessing Self-  
Reliant Initiatives  
and Knowledge,  
Philippinen**

„Es ist eine traurige Ironie des Schicksals, daß ausgerechnet die Präsidentschaft einer Frau, Corazon Aquino, alle Welt fälschlicherweise annehmen ließ, die Frauen auf den Philippinen seien bereits gleichberechtigt.“

**Hana Navarowa,  
Sozialwissenschaftlerin, Akademie der  
Wissenschaften, Prag**

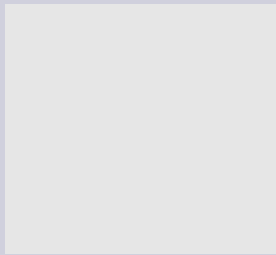
„In vierzig Jahren Kommunismus haben die Frauen das Privileg erworben, zwei Vollzeitstellen zu besitzen – eine in der Firma und eine zu Hause.“

**Alexandra Berkova, Prag**

„Ich bin Schriftstellerin und Feministin. Vermutlich die einzige in der Stadt.“

**Anita Gradin,  
Präsidentin der SFI**

„Wir danken der Friedrich-Ebert-Stiftung dafür, diesen unseren Geburtstag so würdig und feierlich zu begehen. Wir glauben, wie unsere politischen Großmütter, daß Demokratie nur funktionieren kann, wenn Frauen gleiche Rechte haben. Und wir gehen davon aus, daß eine demokratische Gesellschaft verpflichtet ist, alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die Frauen den Zugang zu gleichen Rechten und Chancen versperren.“



**Ani Widyani  
Soetjipto**

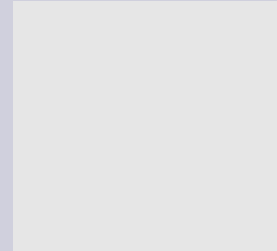
„Das einzigartige Potential von Frauen, ihre Möglichkeiten, eine ihnen gemäße, zentrale Rolle in der Gesellschaft zu spielen, ist in der nachkolonialen Zeit nicht anerkannt worden. Im gängigen Entwicklungsmodell hatten Frauen automatisch dieselben Interessen wie Männer. Da sie darüber hinaus von Männern abhängig waren, wurden ihre speziellen Wünsche und Bedürfnisse in der Entwicklungsplanung erst gar nicht vorge-sehen.“

**Anna Popowicz,  
Frauenbeauftragte der polnischen  
Regierung, Warschau**

„Nicht nur aus dem Erwerbsleben, auch aus der Politik werden Frauen verdrängt. Unsere junge Demokratie ist männlich.“

**Jirina Vrabkova,  
Juristin, Prag**

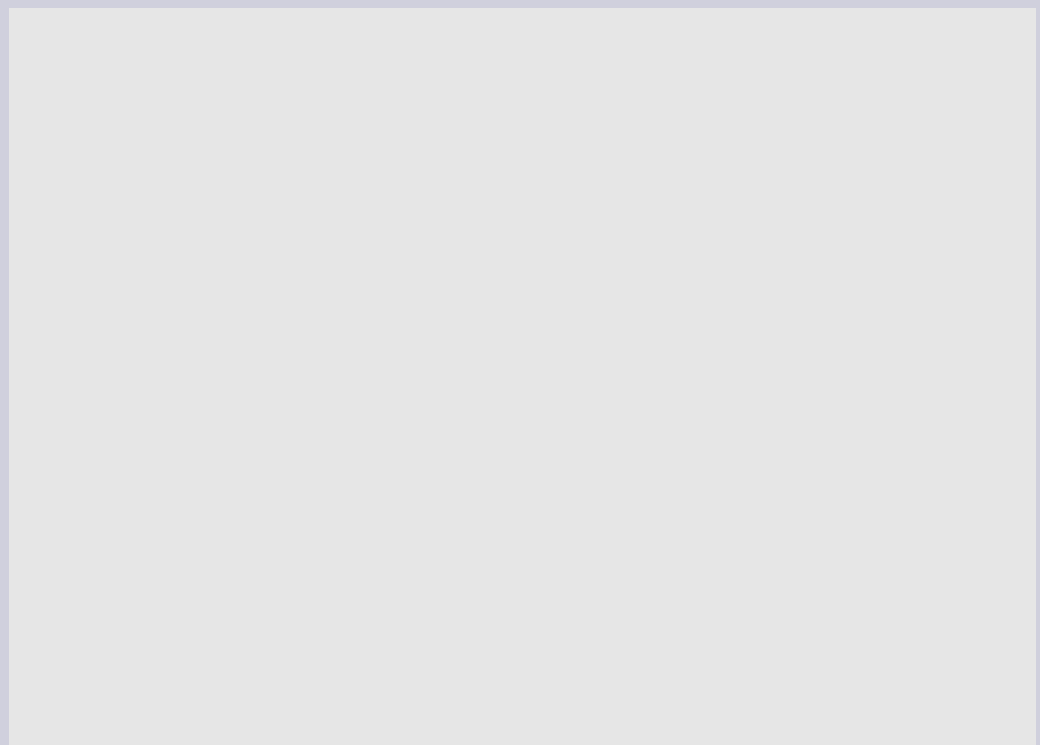
„Wir erleben die Diskreditierung jeglicher Frauenpolitik durch die Erinnerung an die Einheits-Frauenorganisation der früheren KP.“



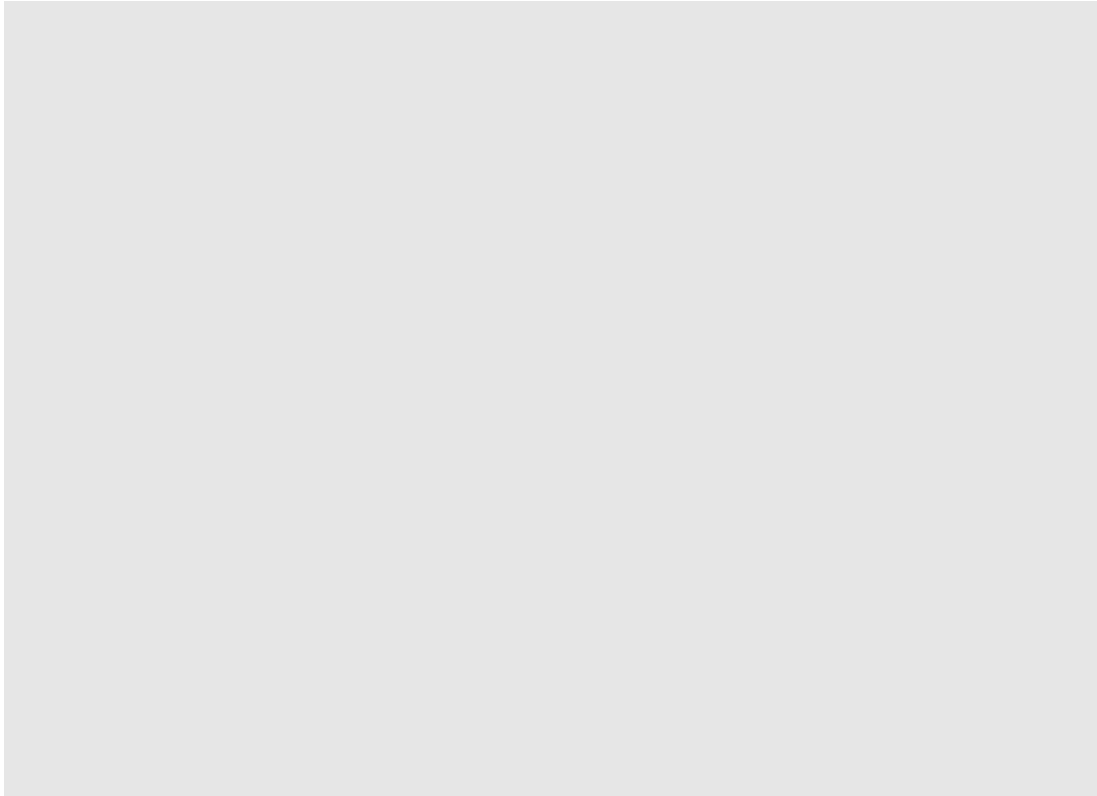
**Frene Ginwala,  
Vorsitzende  
der Women's  
Coalition in  
Südafrika**

„Frauen aus dem Westen fragen mich manchmal: Warum arbeitest Du eigentlich beim ANC (African National Congress) mit und nicht in der Frauenbewegung? Ich antworte dann: Sollen Frauen wirklich darum kämpfen, genauso unterdrückt zu werden wie Männer? Was ich damit ausdrücken will? Frauen in Südafrika haben, was ihren generell niedrigeren wirtschaftlichen und rechtlichen Status angeht, ähnliche Probleme wie Frauen überall auf der Welt. Aber das Besondere ist eben, daß Rassismus und Ausbeutung, eben Apartheid, ihr Leben prägen.“

Auch nach Veranstaltungsschluß gab es noch viel zu diskutieren. Von links nach rechts:  
SFI-Präsidentin Anita Gradin im Gespräch mit Brigitte Unger-Soyka, Ministerin für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, Christel Nickel-Mayer, FES, und Moderatorin Gisela Marx



# Frauen gestalten den demokratischen Wandel



Demokratischer Wandel und soziale Reformprozesse sind zu einem globalen Thema geworden. Sie bieten Frauen neue Möglichkeiten, Handlungsspielräume zu erstreiten und politische Positionen zu übernehmen.

Dies war das Ergebnis eines internationalen Workshops, zu dem die Friedrich-Ebert-Stiftung im Oktober 1992 Expertinnen aus Afrika, Asien und Lateinamerika eingeladen hatte.

Sie alle beschrieben anschaulich, wie in vielen Ländern das gesellschaftliche Bild von weiblicher Organisationsfähigkeit, Solidarität und gesellschaftlichem Engagement geprägt wird. Wie Frauen sich in unzähligen lokalen und regionalen Zusammenschlüssen auf einer freiwilligen und demokratischen Basis, meist unabhängig vom Staat, zusammengeschlossen haben. Wie Frauenselbsthilfeorganisationen wichtige Aufgaben bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Familien, im Bildungs- und Sozialbereich übernommen haben. Und wie diese Netzwerke der gegenseitigen Hilfe sich zu sozialen Bewegungen entwickelt haben und die Frauen zu Hoffnungsträgern des Demokratisierungsprozesses geworden sind.

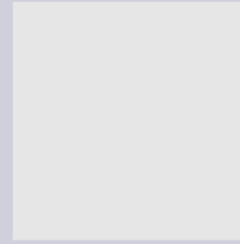
**Auch Pausen nutzten die Teilnehmerinnen der internationalen Konferenz „Frauen gestalten den demokratischen Wandel“, um Meinungen auszutauschen bzw. sich in die Tagungsunterlagen zu vertiefen**

### Ergebnisse einer internationalen Konferenz

■ Frauen müssen weiterhin fordern, auf allen Ebenen und an allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden. Nur so können sie aktiv ihren Beitrag zur Gestaltung einer besseren und gerechteren Welt leisten.

■ Frauen haben ein anderes Verständnis von Macht und begreifen die Demokratisierung einer Gesellschaft in einem weiteren Sinn als es Männer tun. Sie darf sich nicht auf die politische Ebene beschränken, sondern muß das Sozial- und Wirtschaftsleben einschließen und auch die Autoritätsstrukturen innerhalb der Familie verändern.

■ Der Austausch von Frauen aus verschiedenen Teilen der Welt zeigt immer wieder, daß viele frauenspezifische Probleme sich nicht auf ein Land beschränken. Darum ist es notwendig, internationale Frauennetzwerke aufzubauen, sich kontinuierlich auszutauschen und intensiv zusammenzuarbeiten.



**Dr. Maria Nzomo,  
Vorsitzende des  
Nationalkomitees für  
die Gleichstellung  
der Frauen in Kenia**

Während der UN-Dekade der Frau (1975-1985) änderte sich die kenianische Frauenpolitik immerhin von völliger Blindheit zu der Einsicht, daß Frauen ein wichtiger Faktor im Entwicklungsprozeß sein könnten. Aber nach Ende der Dekade blieben selbst davon nur hohle Phrasen und vage Versprechungen übrig. Das beweist, daß Frauen, genau wie beim Kampf um Unabhängigkeit, auch im neuen Demokratisierungsprozeß in Kenia vergessen werden, wenn sie nicht selbst die Gelegenheit ergreifen und ein grundsätzliches Umdenken erzwingen. Sie müssen in alle Institutionen eindringen, die Macht und Entscheidungskompetenz haben.“

**Teilnehmerinnen  
an der Konferenz  
„Frauen gestalten  
den demokratischen  
Wandel“**

## Beispiel: Frauenpolitik in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Die Frauenförderung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Stiftung möchte einen Beitrag dazu leisten, daß sich die wirtschaftliche Situation von Frauen verbessert und ihr Einfluß und ihre politische Beteiligung am Entwicklungsprozeß des jeweiligen Landes gestärkt werden.

Die von den Vereinten Nationen proklamierte Frauendekade (1975-1985) und die UN-Frauenkonferenzen in Mexiko, Kopenhagen und Nairobi weckten das Interesse einer breiteren Öffentlichkeit für die Lebensverhältnisse von Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika und für deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Benachteiligung. Dank dieser Anstöße wird die Frauenförderung mittlerweile als ein wichtiger Bestandteil der Entwicklungspolitik angesehen. Die Erkenntnis beginnt sich durchzusetzen, daß eine Verwirklichung von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit ohne eine Verbesserung der Lage der Frauen unmöglich ist.

Mittlerweile gibt es Kritik an den herkömmlichen Konzepten der Frauenförderung. Zum Beispiel daran, daß viele Programme ausschließlich eine wirtschaftliche Förderung von Frauen beabsichtigen, aber nichts dazu beitragen, die Strukturen zu verändern, die Frauen zwar die Hauptlasten aufbürden, ihnen aber keine Mitsprache bei der politischen Gestaltung ihrer Gesellschaften zuerkennen.

Dabei leisten Frauen bereits zwei Drittel der Arbeit in der gesamten Welt, sind in der Nahrungsmittelproduktion die hauptsächlich Verantwortlichen für das Überleben der Familien und erhalten doch nur ein Zehntel des weltweit erzielten Einkommens.

Die Stiftung versucht weltweit, diese Kritik zu berücksichtigen. Sie hilft, nicht nur die wirtschaftliche Stellung der Frauen zu verbessern, sondern auch ihre politische Macht zu stärken. Zwar müssen und wollen gerade ärmere Frauen zunächst die Ernährung ihrer Familie sicherstellen. Ihnen fehlen damit Zeit und Kenntnisse, um sich politisch zu betätigen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung bildet Frauen durch ein breites Angebot von Beratungs- und Ausbildungsmaßnahmen dazu aus, sich selbst zu organisieren.

Ziel dieser Selbsthilfe-Förderung ist es, die Frauen unabhängig zu machen und ihnen mehr Einfluß zu verleihen. Frauen werden darin unterstützt, ihre eigenen Bedürfnisse zu formulieren und sich selbst für die Verbesserung ihrer Situation einzusetzen zu können.

**Projekt Klein-  
gewerbeförderung  
der FES in  
Lusaka/Sambia**

Teilnehmerinnen an  
der Veranstaltung  
der Friedrich-Ebert-  
Stiftung zusammen  
mit dem Marie-  
Schlei-Verein:  
„Wir tragen eine  
schwere Last“

### Welche Ziele hat die Frauenförderung in der internationalen Entwicklungs- zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung?

#### Gesellschaftspolitik:

- Förderung der Sensibilität für die spezifische Situation von Frauen innerhalb der Gesellschaft,
- Förderung der Organisationsfähigkeit und Interessenvertretung von Frauen,
- Verbesserung der Rechtsstellung,
- Förderung von fachlicher Qualifikation und Führungsqualitäten in politischen Organisationen.

#### Wirtschafts- und Sozial- entwicklung:

- Verbesserung der Einkommens- und Beschäftigungssituation,
- Förderung von (Klein)Unternehmerinnen,
- Förderung der technischen und betriebswirtschaftlichen Kenntnisse,
- Stärkung von Selbsthilfeorganisationen.

#### Gewerkschaften:

- Stärkung der Organisationsfähigkeit von Frauen,
- Verbesserung von Qualifizierungs- und Aufstiegschancen,
- Stärkung der regionalen Zusammenarbeit zwischen Frauen in den verschiedenen Gewerkschaften.

#### Medien:

- Frauengerechte Berichterstattung,
- Aus- und Fortbildung von Medienfrauen,
- Förderung der Verbandsstrukturen von Medienfrauen.

## Beispiel: Frauenprojekte in Indien

In Indien führt die Stiftung seit 1989 in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und Frauenverbänden, die im ländlichen und städtischen Bereich speziell zugunsten von Frauen in der Armutsbevölkerung arbeiten, ein frauenpolitisches Projekt durch. Die Situation dieser Frauen ist bestimmt durch Ausbeutung und Benachteiligung, durch fehlende Ausbildungs- und Fördermöglichkeiten und einen unsicheren rechtlichen Status. Das Stiftungsprojekt versucht deshalb, auf mehreren Ebenen anzusetzen:

■ Die Lebensbedingungen der Frauen, die außerhalb der offiziell anerkannten Lohn- und Beschäftigungsverhältnisse arbeiten, zum Beispiel

In „normale“ Banken, die den besserverdienenden, gebildeten Schichten vorbehalten sind, wagen sie nicht zu gehen. Private Geldverleiher stürzen die Frauen durch überzogene Zinsen in lebenslange Abhängigkeiten. Modellhaft für andere Frauenorganisationen richtete die Stiftung deshalb bei einer Partnerorganisation im indischen Bundesstaat Bihar einen Revolving-Fonds ein. Dieser unterstützt die Frauen nicht nur beim Aufbau rentabler wirtschaftlicher Tätigkeiten, sondern macht sie gleichzeitig vertraut mit Spar- und Kreditgeschäften.

■ Frauen sind in Indien bislang nur spärlich in den verschiedenen gesellschaftspolitischen Institutio-

**Regionale und nationale Gesprächskreise verbessern den Informations- und Erfahrungsaustausch von Frauen in Indien**

in der Landwirtschaft, auf Märkten oder in Haushalten, soll durch Hilfe zur Selbsthilfe verbessert werden. Dies geschieht durch gezielte technische und betriebswirtschaftliche Beratung über die Frauen-Partnerorganisationen vor Ort.

Außerdem soll den Frauen der Zugang zu Krediten ermöglicht werden. Denn Lastträgerinnen, Altpapiersammlerinnen, Marktfrauen oder Heimarbeiterinnen, die versuchen, sich ein eigenes kleines Geschäft aufzubauen, fehlt dafür das Startkapital.

nen vertreten, haben kaum Einfluß auf die wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen, die ihr Leben nachhaltig bestimmen. Darum fördert die Stiftung Trainings- und Fortbildungsmaßnahmen bei ihren Partnerorganisationen, die mehr Frauen in politische Ämter bringen können.

■ Regionale und nationale Gesprächskreise mit Vertreterinnen unterschiedlicher Frauenorganisationen ermöglichen eine Verbesserung des Informations- und Erfahrungsaustausches und

**„Die Rolle der Frauen  
in der Politik“ war  
Thema eines Round-  
Table-Gesprächs, das  
vom Centre for Social  
Research und der  
Friedrich-Ebert-  
Stiftung veranstaltet  
wurde**

damit eine Stärkung der Lobbyarbeit der Frauen. Im Rahmen dieses Projektes werden auch internationale Begegnungen gefördert. In Besuchsprogrammen erhalten Vertreterinnen indischer Frauenorganisationen die Möglichkeit, sich mit deutschen Parlamentarierinnen, Frauenverbänden, Gleichstellungsbeauftragten und entwicklungs-

politischen Fachfrauen auszutauschen, Frauenarbeitsplätze zu besichtigen, sich über Frauenförderprogramme, über Themen im Umwelt- und Verbraucherschutz zu informieren oder auf europäischer Ebene ihre Anliegen an eine wirksame Unterstützung zu formulieren.

## Rechtsberatung für Frauen – ein Beispiel aus Ecuador

Seit 1988 unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung CEPAM, das Centro Ecuatoriano para la Promoción y Acción de la Mujer in Ecuador. CEPAM ist eine unabhängige Frauenorganisation, die seit mehr als zehn Jahren auf dem Gebiet der Rechtsberatung von Frauen im städtischen Raum tätig ist.

Ihr Ziel ist es, das Rechtsbewußtsein und das Selbstwertgefühl der Frauen zu stärken. Der

Hauptsitz von CEPAM ist in Quito. Seit 2 Jahren gibt es auch in Guayaquil, der größten Stadt Ecuadors, eine Beratungsstelle. Eine Ausweitung auf weitere Städte ist geplant.

### Beispiele

Die MitarbeiterInnen der Rechtsabteilung CEPAM beraten und bieten Einzelfallhilfe an. Ihre Haupt-

„Barfuß-Anwältinnen“ in Ecuador  
beraten Frauen in  
alltäglichen Konfliktsituationen

themen: Unterhaltsregelungen, Scheidungen, Sorgerecht und Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Männliche Gewalt ist für viele Frauen und Kinder in Ecuador wie überall auf der Welt alltägliche Realität. Meist versuchen Frauen, der Gewalt aus dem Weg zu gehen oder sie auszuhalten. Denn anzeigen können Frauen ihre Männer nicht. Es existiert kein Gesetz, das Frauen vor Gewalt in der Ehe schützt. Mit Polizei und Justiz haben viele Frauen demütigende Erfahrungen gemacht. Die Erfahrung, mit ihren Problemen nicht ernst genommen zu werden, bringt sie in einer Konfliktsituation in die Defensive. Sie leisten keinen Widerstand und ziehen sich zurück. Dagegen setzt CEPAM sein Beratungskonzept „Rechte zum Anfassen“, mit dem es den Frauen das verlorene Selbstvertrauen zurückgeben will.

So konnte eine Zufluchtsstätte für mißhandelte Frauen geschaffen werden. Dort können sie sichere Unterkunft, Beistand und Betreuung für ihre Kinder finden. Zu ihrer Selbstversorgung bewirtschaften die Frauen Obst- und Gemüsegärten. Geplant ist die Einrichtung einer Bäckerei, die nicht nur den Eigenbedarf produzieren, sondern auch Schulen mit Frühstücksbrot versorgen soll. Ein Konzept, das Frauen darin unterstützt, ihr Leben selbst zu organisieren. CEPAM bildet außerdem Rechtsberaterinnen aus, die in ihren Stadtteilen ihr Wissen weitergeben und in der Lage sind, hilfe- und ratsuchende Frauen und Mädchen zu beraten, ihnen bei der Erstattung einer Strafanzeige, bei Unterhalts- und Sorgerechtsregelungen, bei Scheidungsfällen, sexuellem Mißbrauch oder bei den Formalitäten für die Ausstellung persönlicher Dokumente zu helfen. Sie begleiten ihre Klientinnen zu Ämtern, Gerichten oder zur Polizei und sie vermitteln in Konfliktsituationen.

Das Angebot von CEPAM ist seit der Gründung entsprechend den Bedürfnissen der Frauen gewachsen. So berät CEPAM, wenn Frauen einen Dorfladen aufbauen, eine Kreditaufnahme planen oder eine Kindertagesstätte organisieren wollen.

Darüber hinaus wurde eine Gesundheitsberatung eingerichtet. Sie umfaßt Vorsorgeuntersuchungen für Frauen und Kinder, die Betreuung von Schwangeren und Müttern, sowie Kurse in Sexualerziehung und Familienplanung. Hinzu kommt eine Ernährungsberatung auf der Grundlage preiswerter lokaler Produkte. Auf dem Großmarkt von Quito unterhält die CEPAM eine zentrale Einkaufsstelle, die Grundnahrungsmittel,

Haushaltsbedarf und Schulartikel für die Dorfläden en gros erwirbt und an diese auf Kreditbasis weiterverkauft.

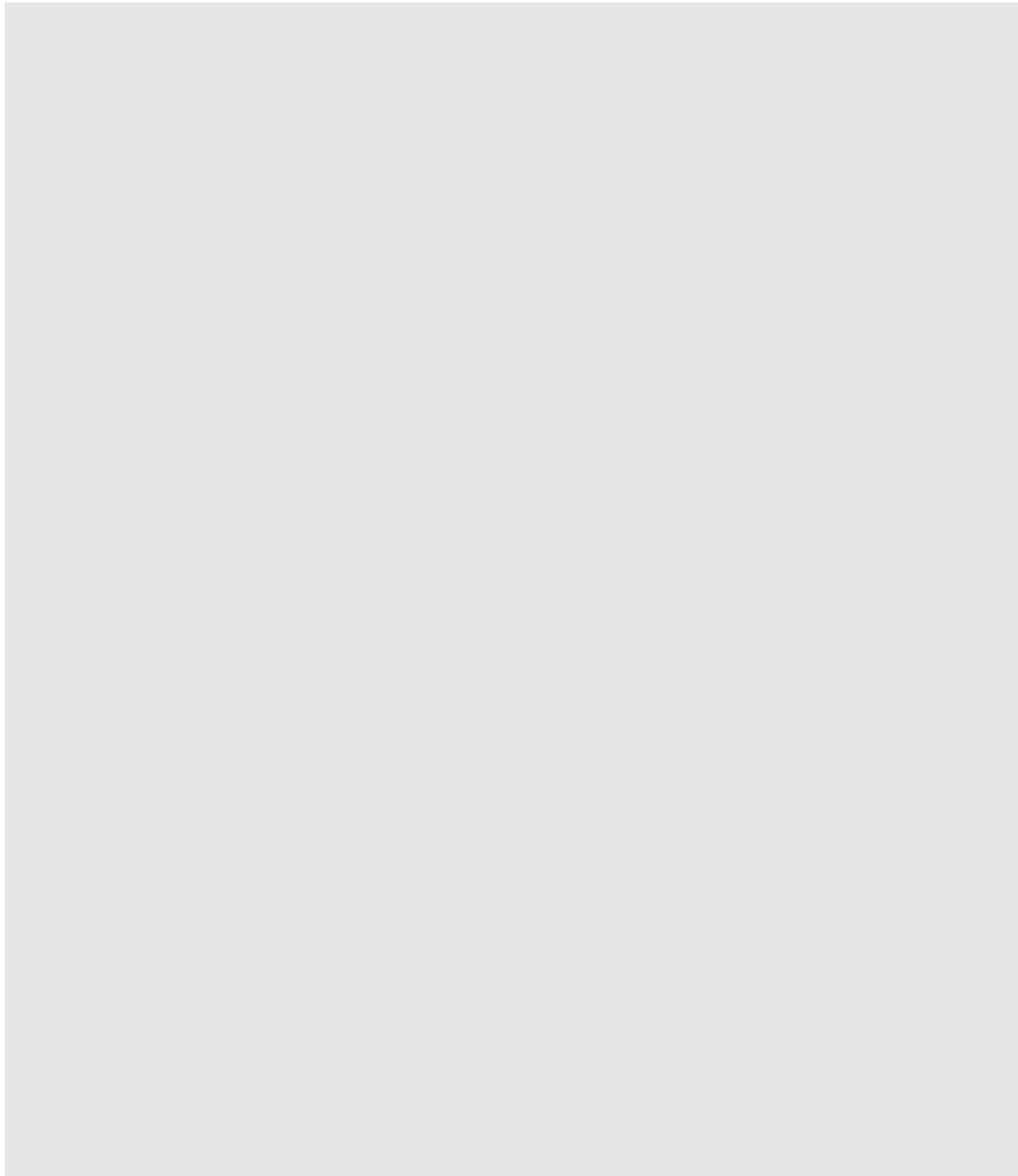
Um möglichst viele Menschen zu erreichen, betreibt die CEPAM eine intensive Informations- und Aufklärungsarbeit.

So produziert CEPAM zum Beispiel ein eigenes Radioprogramm und hat jede Woche eine halbsseitige Kolumne in der Sonntagsbeilage der größten Tageszeitung „El Comercio“, die rund 700.000 Leser im ganzen Land erreicht.

Die Beratung und Unterstützung, die CEPAM einzelnen Frauen und Frauengruppen gibt, und die landesweite Aufklärungsarbeit sind von großer Bedeutung. Oft wecken sie erstmals das Bewußtsein der Frauen, eigene Rechte zu haben und diese auch wahrnehmen zu können.

Sie stärken das Selbstwertgefühl der Frauen, verbessern konkret eine schwierige Lebenssituation und machen Mut, auch künftig eigene Interessen und Ansprüche durchzusetzen.

## Beispiel: Frauen und Gewerkschaften in Lateinamerika



Die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen durch starke und kompetente Gewerkschaften gehört zu den Grundsätzen einer demokratischen Entwicklung. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, die Stärkung ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Rolle das älteste und traditionsreichste Arbeitsgebiet der Stiftung. Auch in den Gewerkschaftsbewegungen der Entwicklungsländer, etwa in Lateinamerika und der Karibik, beherrschen Männer die Führungspositionen. Frauen finden wenig Unterstützung für ihre Interessen. Teilweise werden frauenspezifische

Maßnahmen als Pflichtübungen betrachtet und bestenfalls als Mode toleriert. In vielen Ländern erschweren außerdem fehlende rechtlich abgesicherte Freistellungen für gewerkschaftliche Arbeit das aktive Engagement von Frauen. Darum fördert die Stiftung die Beteiligung von Frauen in den Gewerkschaften sowohl in der Mitgliedschaft als auch auf allen Führungsebenen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung des politischen Einflusses von Frauen und zu einem neuen Selbstverständnis über die Rolle und Rechte von Frauen in ihren Gesellschaften.

Im südlichen Lateinamerika hat die Stiftung seit mehreren Jahren den Aufbau eines internationalen Frauenforums für Gewerkschafterinnen unterstützt. Dort treffen sich regelmäßig Frauen aus den Vorständen von Dachverbänden und Einzelgewerkschaften aus Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay. Sie beraten über die Probleme der gewerkschaftlichen Organisation von Frauen, ihre geringe Präsenz auf den Führungsebenen und die mangelnde Berücksichtigung von Fraueninteressen in Tarifverhandlungen. Außerdem erstellten sie eine erste, umfassende Analyse zur Rolle der Frauen in den Gewerkschaften ihrer Länder, für die mehr als tausend Frauen befragt wurden. Darüber hinaus arbeitet die Stiftung in vielen Einzelländern direkt mit nationalen Frauenorganisationen zusammen:

#### **Argentinien**

- Unterstützung von Frauen aus verschiedenen Gewerkschaften, die sich 1989 in einem Forum zusammengeschlossen haben,
- Bildungsmaßnahmen für Gewerkschafterinnen,
- Unterstützung der Frauenabteilungen in den Einzelgewerkschaften.

#### **Barbados**

- Seminare für Gewerkschafterinnen aus dem öffentlichen Dienst und der Postgewerkschaft,
- Finanzierung einer ersten Darstellung der Frauenarbeit „The Caribbean Women's Voice“.

#### **Brasilien**

- Unterstützung der Frauen im Gewerkschaftsdachverband CUT und der PT (Arbeiterpartei) bei der Durchsetzung der 30%-Frauenquote.

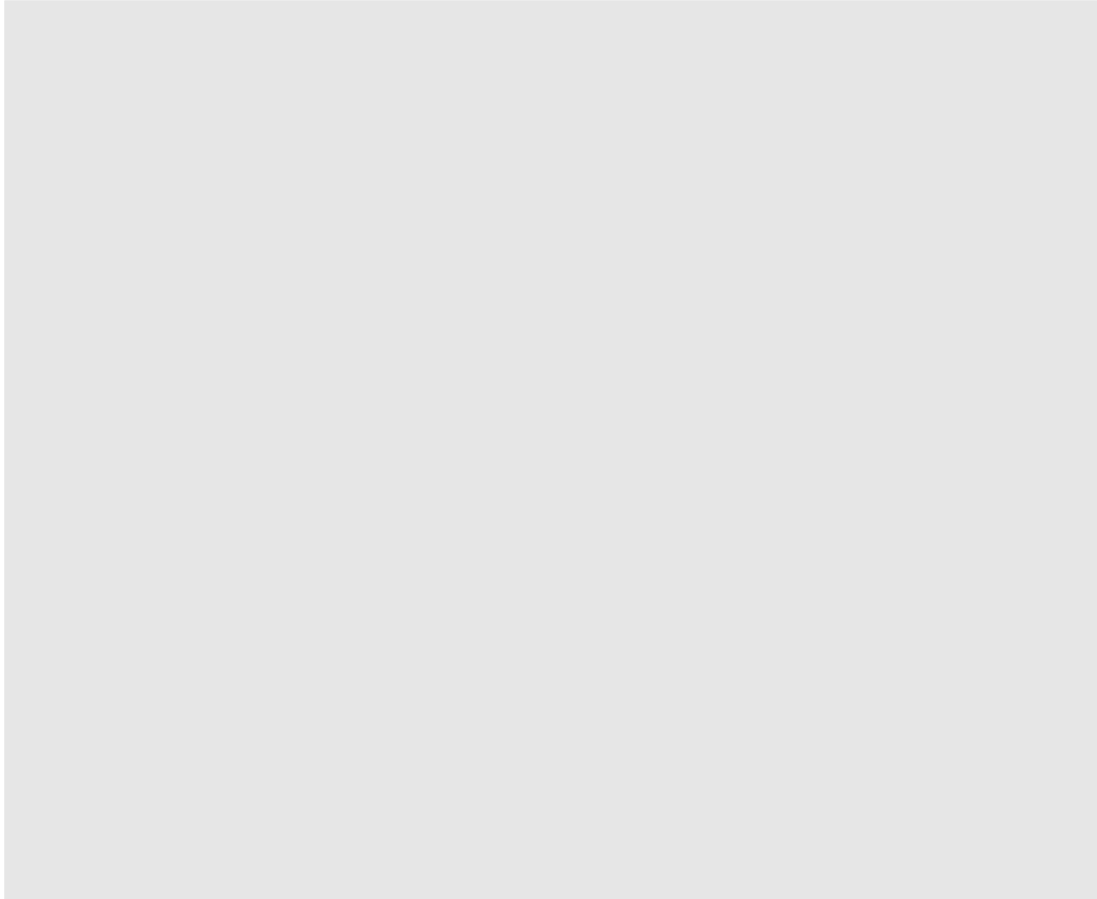
#### **Mexiko**

- Unterstützung von Frauengruppen bei der Formulierung ihrer Forderungen angesichts der Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens zwischen USA, Kanada und Mexiko.

#### **Uruguay**

- Förderung der „Coordinadora“, einem Zusammenschluß von Frauen aus Gewerkschaften und Parteien, die in Armenvierteln und im Landesinnern Aufklärungsarbeit über soziale und politische Themen betreibt.

## Beispiel: Medienprojekte in Afrika



**Afrikanische Frauen  
sollen eine eigene  
Stimme in ihren  
Medien erhalten**

Seit mehr als zwei Jahrzehnten leistet die Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen der internationalen Arbeit einen Beitrag zum Aufbau demokratischer und professioneller Medienstrukturen in den Entwicklungsländern. Die Beteiligung von Frauen an diesen Projekten wird dabei besonders gefördert.

### **Beispiel Simbabwe**

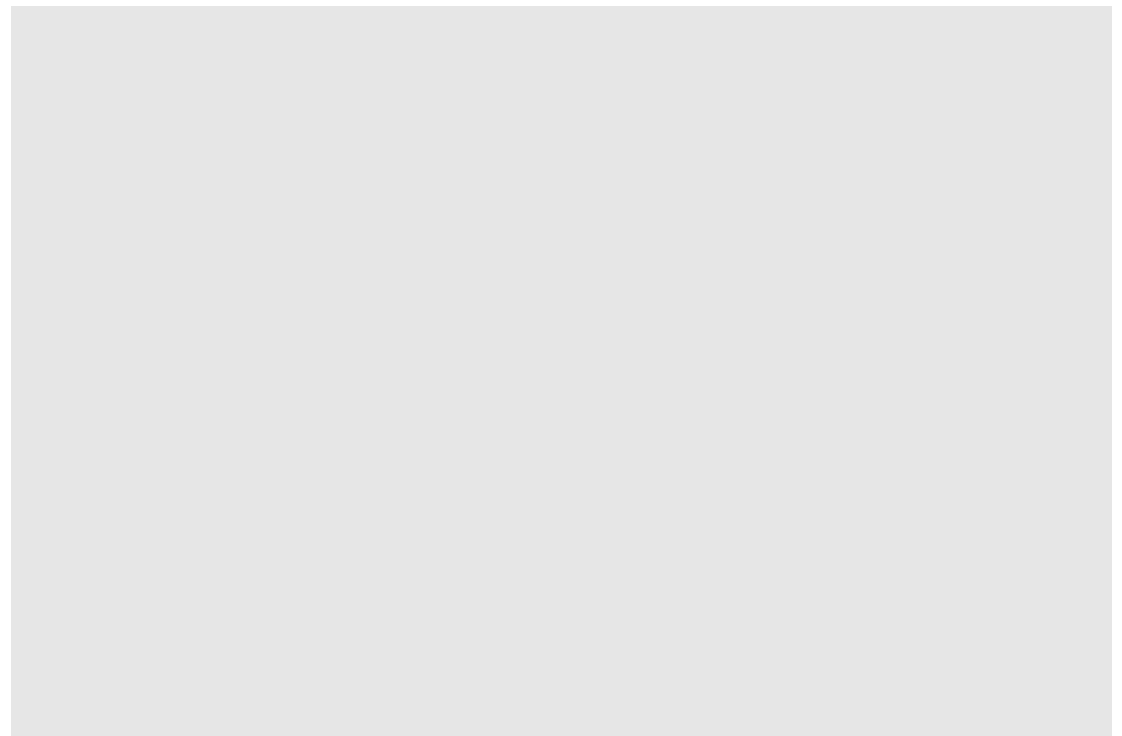
Fast ausschließlich in Frauenhand sind die mehr als 60 Radio-„Hörerclubs“ in Simbabwe. Sie produzieren im ländlichen Raum ein eigenes Radioprogramm, das zentral von „Radio 4“ gesendet wird, einem Kanal unter dem Dach der Simbabwe Broadcasting Corporation, der montags bis freitags von morgens bis spät abends Informations- und Bildungsprogramme in Englisch und den sieben wichtigsten nationalen Sprachen ausstrahlt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung rüstete für Radio 4 Studios aus, kaufte Ü-Wagen, stellte Räume und Experten zur Verfügung, übernahm die Personalkosten und bildete Mitarbeiter aus.

Die Frauen in den „Hörerclubs“ vor Ort wurden mit Radiorecordern ausgestattet und dazu ausgebildet, eigene Beiträge zu produzieren.

### **Beispiel Mosambik**

In Mosambik fördert die Stiftung ein tägliches Rundfunkprogramm für die ländliche Bevölkerung, das vor allem von Frauen gehört wird. Ausgestrahlt wird es vom mosambikanischen Staatssender im Rahmen des Projektes „CODER“ (Comunicacao para o Desenvolvimento Rural – Kommunikation für die ländliche Entwicklung.) Das Programm ist ein großer Erfolg. Ein Grund dafür ist sicherlich, daß dieses Programm nicht in portugiesisch, sondern in bislang vier mosambikanischen Sprachen gesendet wird. Damit ist für die Mehrzahl der Landfrauen, die kein Portugiesisch sprechen und meist nicht lesen und schreiben können, ein Medium entstanden, das ihre Probleme und Anliegen weitergeben kann. Darüber hinaus ist das Radio für viele Menschen die einzige Möglichkeit, in dem von Bürgerkrieg heim-

**Hörfunkaufnahmen  
für die CODER-  
Landfunksendungen  
in einem mosam-  
bikanischen Dorf**



gesuchten Land eine Nachricht für ihre Angehörigen ins Mikrophon zu sprechen, mitzuteilen, wohin der Krieg sie verschlagen hat.

Die Stiftung gibt im Rahmen dieses Projektes technische Hilfe und bildet Rundfunkfachkräfte für das Landfunkprogramm aus.

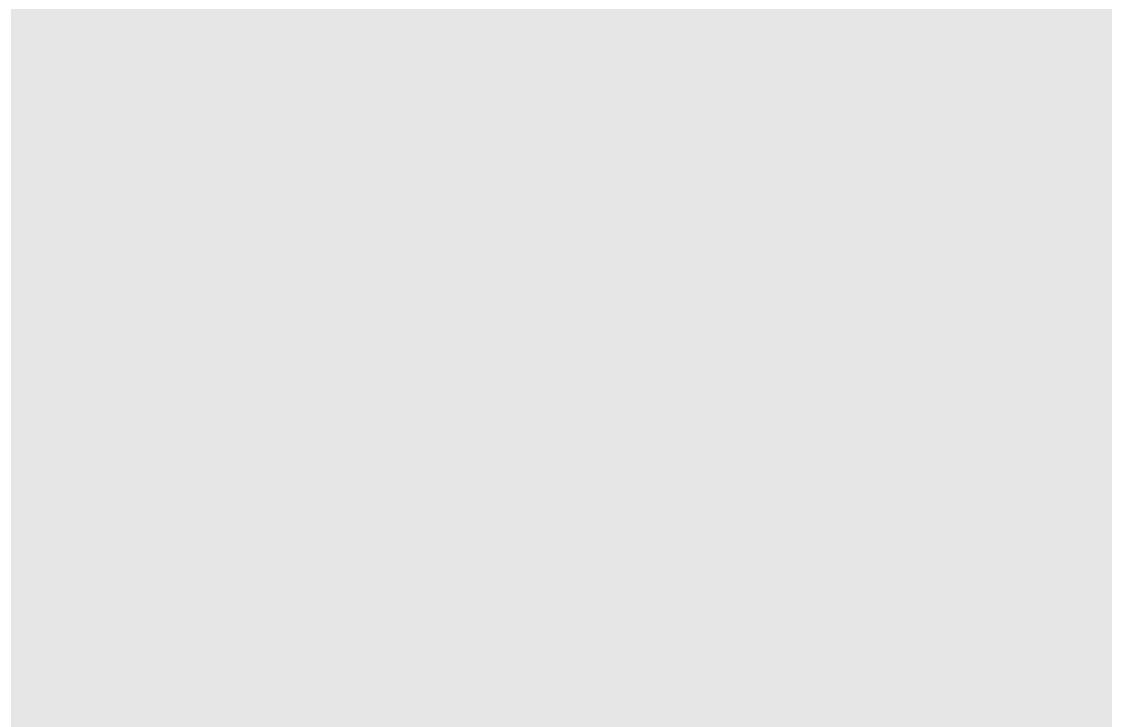
#### **Beispiel Afrikanischer Medienverbund**

In Zusammenarbeit mit dem African Council on Communication Education (ACCE), dem regionalen afrikanischen Forschungs- und Dokumentationszentrum für Medienfragen, führt die Stif-

tung in verschiedenen afrikanischen Ländern, zum Beispiel in Kamerun, in Simbabwe und in Kenia, Workshops und Seminare durch, um die Beteiligung von Frauen in den Medien und in der Medienerziehung zu fördern.

In Ghana wurden außerdem Beratungsprogramme durchgeführt, um die Berufschancen für Frauen in den Medien zu verbessern. Hier arbeitete die Stiftung mit dem afrikanischen Frauenmedienverband ASWIM (African Society of Women in Media) zusammen.

**Ein Hörerclub:  
Landfrauen üben sich  
in der „Zweiwege-  
Kommunikation“**



# Frauenforschung in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Seit 1989 gibt es in der Abteilung Arbeits- und Sozialforschung unserer Stiftung einen ausgewiesenen Schwerpunkt zur Frauenforschung. Doch Forschungsarbeiten zu Frauenproblemen haben bereits eine weitaus längere Tradition in der Stiftung.

Sie beschäftigte sich in den letzten Jahrzehnten u.a. mit den Themen:

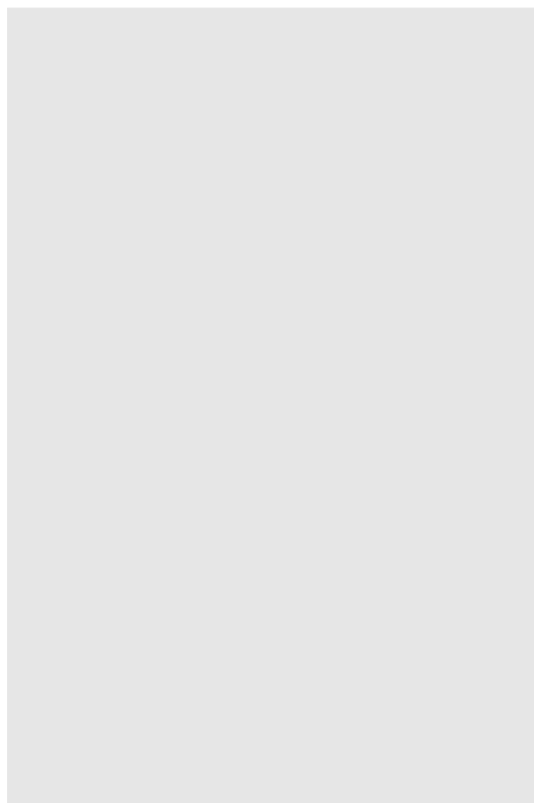
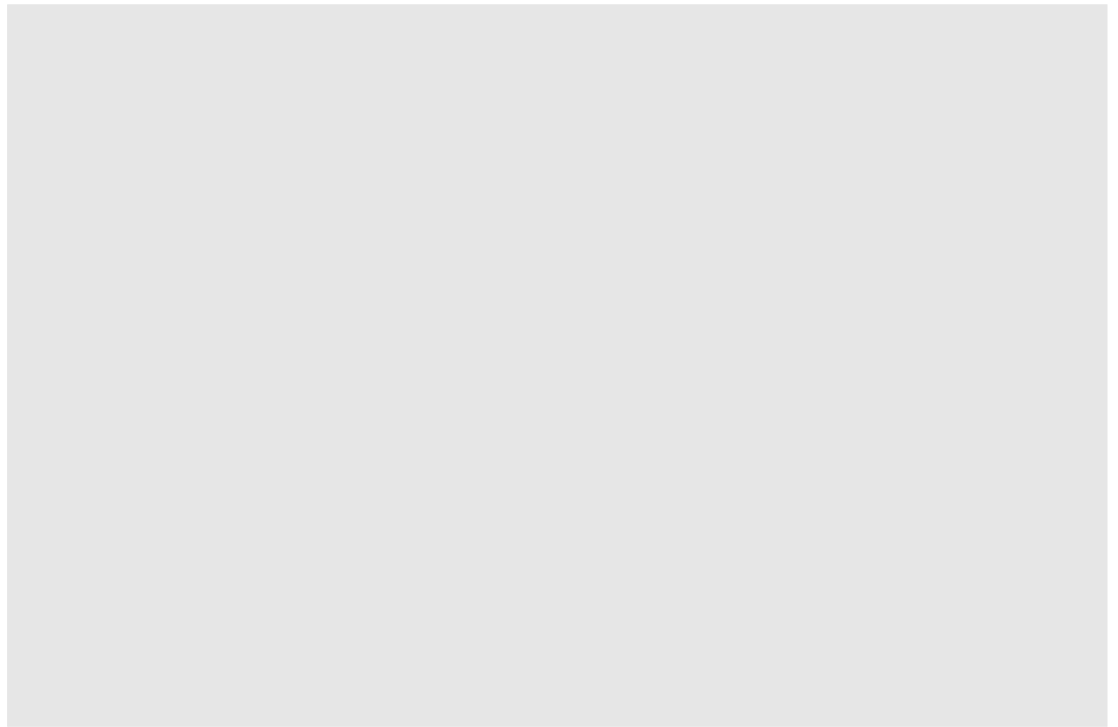
- Frauen und gewerblich-technische Ausbildung,
- Frauenförderung in der privaten Wirtschaft,
- Veränderung der Frauenarbeit im Büro,
- Frauen im sozialen Ehrenamt,
- die Situation von Frauen in Genossenschaften und Alternativwirtschaft,
- die Auswirkungen neuer Technik auf Leben und Arbeit von Frauen.

## **Beispiel: Beruflicher Wiedereinstieg**

Ein wichtiger Schwerpunkt ist bis heute die Erforschung der Bedingungen für einen beruflichen Wiedereinstieg für Frauen, sei es nach einer Familienphase, nach Arbeitslosigkeit, einer kürzeren oder längeren Pause. Seit nunmehr 13 Jahren beschäftigt sich ein spezieller Arbeitskreis mit diesem Thema, kommen ExpertInnen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft regelmäßig zusammen, um sich über die Theorie und Praxis konkreter Qualifizierungsmaßnahmen auszutauschen. Durch diese kontinuierliche Arbeit war es möglich, Einfluß auf Rahmenbedingungen, zum Beispiel im Arbeitsförderungsgesetz zu nehmen.

## **Beispiel: Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Warum sind es immer noch Frauen, die mehr gebunden sind als der Mann, wenn das erste Kind geboren wird? Warum sind es Frauen, die zurückstecken und scheinbar klaglos die mit dem Kind verbundenen Sorgearbeiten übernehmen? Und



das, obwohl für sie Berufstätigkeit selbstverständlich war, obwohl sie eine gute Ausbildung haben und eine gleichermaßen interessante Tätigkeit wie ihr Partner ausüben.

Diesen Fragen ging ein Forschungsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung über mehr als zwei Jahre durch eine Reihe von Interviews mit betroffenen Eltern nach. Die Ergebnisse zeigten, daß die traditionelle Arbeitsteilung in vielen Fällen zur Disposition gestellt wird, die Eltern jedoch bei der Verwirklichung einer gerechten Arbeitsteilung auf eine ganze Reihe von Problemen stoßen. Die Studie gibt wichtige Anstöße für konkrete politische Forderungen nach neuen, anderen und besseren Familienmodellen.

Die Frauenforschung in der Friedrich-Ebert-Stiftung hat ihre Schwerpunkte in

- praxisnaher Forschung,
- dem schnellen Reagieren auf aktuelle frauenpolitische Themen,
- der Kooperation mit Frauen aus Gewerkschaft und Politik,
- dem Erarbeiten von Handlungsvorschlägen und Perspektiven.

# Studienförderung

## Ehemalige Stipendiatinnen erinnern sich

Die Friedrich-Ebert Stiftung versteht ihr Studienförderungsprogramm als individuelle Unterstützung überdurchschnittlich begabter sowie gesellschaftspolitisch engagierter StudentInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen, die ihre akademische Ausbildung nicht nur als Voraussetzung für eine erfolgreiche Karriere, sondern auch als eine Verpflichtung gegenüber Staat und Gesellschaft ansehen.

Der Anteil der Frauen bei den Stipendiaten ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Er beträgt heute

- 39,1 % in der Grundförderung, dies entspricht etwa dem Anteil der Studentinnen an deutschen Universitäten,
- 37,6 % in der Graduiertenförderung, dies ist ein überproportional hoher Anteil im Vergleich zu dem von Doktorandinnen an den Universitäten,
- 30 % im Bereich der ausländischen Förderung.

### **Dr. Sabine Rollberg**

ARD-Korrespondentin in Paris

Was wäre aus meinem Leben ohne die Friedrich-Ebert-Stiftung geworden?

In der Gosse wäre ich wahrscheinlich nicht gelandet, aber beim Theater vielleicht, wo ich als Kind zwischen den Kulissen träumte, denn meine Eltern verdienten ihre Brötchen auf der Bühne. Die naheliegende Schauspielkarriere verhinderte die Stiftung durch zwei Stipendiaten, die das Künstlerkind unter ihre Fittiche nahmen und dabei sein ließen, wie der wortgewaltige Vertrauensdozent Professor Ehmke in den sechziger Jahren mit seinen Studenten Ochsen am Freiburger Schönbörg grillte.

Meine politische Sozialisation sog ich nicht mit der Muttermilch ein, sondern mit badischem Wein. Auf alle Fälle schien es mir schon damals sehr reizvoll, Stipendiatin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung zu sein. Was also lag näher, als mich darum zu bewerben?

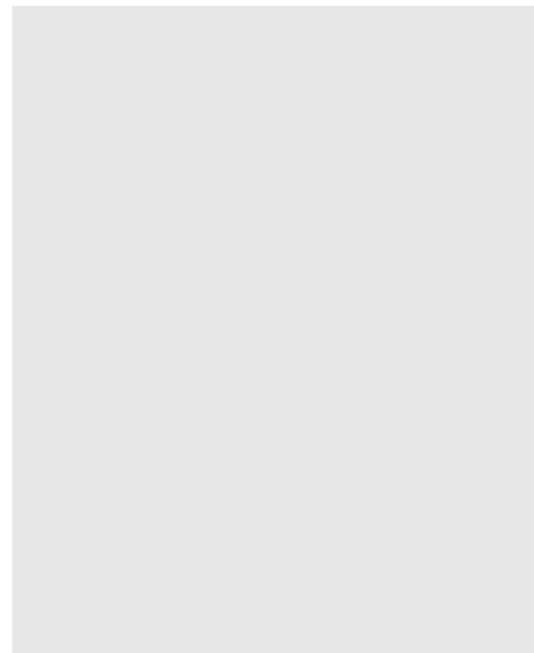
Auf dem Weg ins Auswahlseminar hatte ich noch eifrig Susanne Millers „Kleine Geschichte der SPD“ gelesen, um auf Fragen nach dem

Leben von Friedrich Ebert gewappnet zu sein. Doch keiner der einschüchternden Stiftungs-eminenzen war an der Vergangenheit interessiert, man wollte vielmehr wissen, was mit meiner Zukunft wäre. Und Erleichterung leuchtete aus ihren Augen auf, als ich antwortete: Journalistin.

An die Themen der Seminarwochen erinnere ich mich weniger als an die Mitstipendiaten, an Spaziergänge durch das Bergische Land und an heftige nächtliche Diskussionen zwischen Palästinensern und Israelis oder Griechen und Türken. Mein Interesse für die Dritte Welt wurde durch diese Gespräche geschürt. Später als Redakteurin für Außenpolitik beim WDR versuchte ich, dieses Engagement in Sendungen umzusetzen.

Vor einem Jahr, inzwischen ARD-Korrespondentin in Paris, reiste ich mit Danielle Mitterrand in den kurdischen Teil des Irak. Einer der Gastgeber fiel mir um den Hals; er hatte mich als frühere Mitstipendiatin erkannt.

Als Sonntagskind hatte ich in meinem bisherigen Leben viel Glück. Dazu gehört auch das Privileg, in die Stiftung aufgenommen worden zu sein. Und das sogar zweimal, denn man gönnte mir auch noch ein Promotionsstipendium. Freundschaften und Bildung habe ich dabei gewonnen. Für mich war Friedrich Ebert ein großes Los, und es begann mit einem Ochsen auf dem Schönberg.



**Annerose Steinke**

Leiterin der Administration bei  
Sony Berlin GmbH

„Können Frauen soviel wie Männer? Man muß nur an Ginger Rogers und Fred Astaire denken. Fred Astaire wird als der große Tänzer gefeiert, aber Ginger Rogers konnte alles, was er konnte, ebenso gut. Nur, sie konnte es rückwärts und auf Stöckelschuhen.“

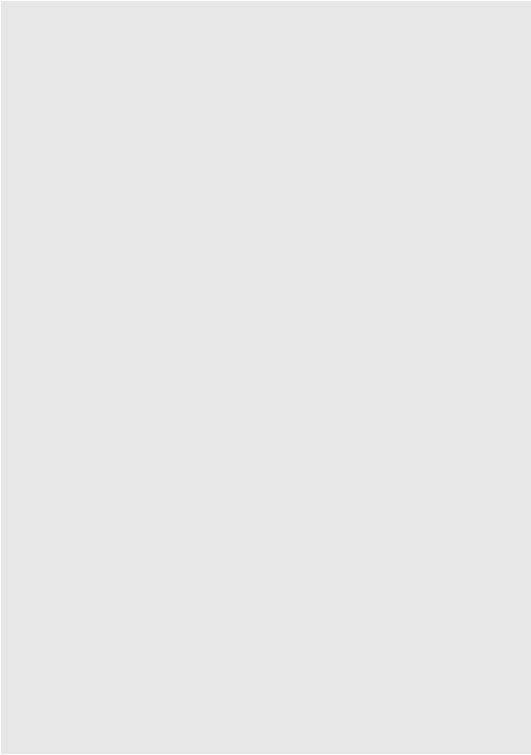
Das ist ein Zitat aus meinem Lieblingsbuch von Cheryl Benard und Edit Schlaffer. Es beschreibt auch ein wenig das, was ich in meinem bisherigen Leben erfahren habe: daß ich mir das Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit hart erarbeiten mußte und daß das Schwimmen im kalten Wasser etwas durchaus Lustvolles sein kann.

Mit 16 Jahren wurde ich wie viele meines Alters politisiert durch das Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt. Mein Berufswunsch damals war klar: Lehrerin für Geschichte und Englisch. Zum Studium ging ich nach Berlin, landete bei den Juso-Hochschulgruppen und engagierte mich in den Selbstverwaltungsgremien der TU. Über die politische Arbeit lernte ich 1978 auch meinen Mann kennen.

Eigentlich hätte bei diesen vielfältigen Aktivitäten mein Studium über Bord gehen müssen. Aber ich hatte vielleicht früher als andere gelernt, meine Zeit einzuteilen, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen. Daß ich finanziell einigermaßen abgesichert war, verdanke ich einem Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung, das ich in dieser Zeit erhalten habe. Ohne diese Basis hätte ich mein Studium wohl nicht beenden, geschweige denn mich irgendwelchen politischen Aktivitäten widmen können.

Daß ich „nicht nur“ studiert hatte, sondern mir durch mein politisches Engagement ein solides Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten erarbeitet hatte, half mir, als nach Studienabschluß leider keine Geschichtslehrer mehr gebraucht wurden. Ich orientierte mich um und fand sofort eine Stelle in der Erwachsenenbildung. Von 1983 bis 1986 war ich dann als wissenschaftliche Mitarbeiterin am August-Bebel-Institut in Berlin tätig. Anschließend wechselte ich zur Wirtschaftsabteilung der Amerikanischen Botschaft in Berlin. 1990 wurde ich Vorstandsassistentin, später Geschäftsstellenleiterin der Architektenkammer Berlin.

Seit 1992 bin ich Leiterin der Administration bei Sony Berlin, einer Firma für den Neubau der Deutschland- und Europazentrale am Potsdamer Platz. In einem internationalen Team bin ich heute zuständig für die Personalangelegenheiten, alle internen Verwaltungsvorgänge sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.



Dann stand plötzlich die Einheit Deutschlands auf der Tagesordnung. Es galt, an vielen bedeutsamen Reden des Bundespräsidenten mitzuarbeiten. Die unschätzbaren Erfahrungen verstärkten aber auch den Wunsch, nicht nur über das Zusammenwachsen von Ost und West nachzudenken, sondern auch konkret an der Gestaltung teilzuhaben. Dieser Wunsch erfüllte sich sehr schnell. Seit 1991 bin ich nunmehr Pressesprecherin des neuen Bundeslandes Brandenburg in Bonn.

---

### ***Roswitha Bourguignon***

Pressesprecherin des Landes Brandenburg  
in Bonn

Es war Susanne Miller, Autorin der bekannten „Geschichte der Sozialdemokratie“, die mich 1979 nach dem Abschluß des Magister Artium in den Fächern Politologie und Neuere Geschichte an der Universität Bonn fragte, wie ich mir meinen weiteren beruflichen Weg vorstelle. Natürlich strebte ich eine Tätigkeit in der Wissenschaft an. Auf die Planung einer beruflichen Karriere hatte ich mich allerdings nicht eingestellt.

Als Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung forschte ich zunächst zwei Jahre über die europäische Integration. Diese Ergebnisse konnte ich 1982 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Politik in Bonn einbringen. Nach 4 Jahren Forschung kam dann das überraschende Angebot, als Redenschreiberin für Bundespräsident von Weizsäcker tätig zu werden. Zwar bedeutete dies den Ausstieg aus der Wissenschaft. Aber das Angebot, für eine Persönlichkeit zu arbeiten, die das Ansehen der Bundesrepublik im In- und Ausland nachhaltig geprägt hat, war zu reizvoll. Hinzu kam die Neugier, in einem Stab mitzuarbeiten, zu dem bisher nur Männer Zutritt hatten. Es wurden vier lehrreiche Jahre.

# Veröffentlichungen

## (Auswahl):

■ **Nach der Vereinigung Deutschlands:  
Frauen fordern ihr Recht**  
(Januar 1991)

■ **Frauen in den neuen Bundesländern –  
Rückzug in die Familie oder Aufbruch zur  
Gleichstellung in Beruf und Familie?**  
(März 1991)

■ **Kommunale Gleichstellungspolitik  
in den neuen Bundesländern:  
Das Beispiel des Landes Brandenburg**  
(Juli 1991)

■ **Mehr Rechte für Frauen in einer neuen  
Verfassung**  
(Dezember 1991)

■ **Frauen in der Privatwirtschaft im Land  
Brandenburg**  
(August 1992)

■ **Frauen im Lebensraum Stadt:  
Wohnungs- und Städtebau aus Frauen-  
perspektive**  
(Dezember 1992)

■ **Frauen in der Landwirtschaft und im  
ländlichen Raum in Brandenburg**  
(November 1992)

■ **Frauenpolitik und aktuelle verfassungs-  
politische Fragen**  
(August 1992)

■ **Für eine humane Gestaltung der Nacht-  
arbeit für Frauen und Männer**  
(Juli 1992)

■ **Alleinerziehende in den neuen Bundes-  
ländern. Immer noch eine Lebensform wie  
jede andere?**  
(1993)

## im internationalen Bereich (Auswahl)

■ **Textilarbeiterinnen fordern Gerechtig-  
keit: Zur Lage der Textil- und Beklei-  
dungsindustrie in Ländern des Südens,  
Dialogreihe Entwicklungspolitik**  
(1992)

■ **Women Shaping Democratic Change  
Documentation of a Workshop in the  
Friedrich Ebert Foundation**  
(1992)

■ **Brigitte Deja-Löhlhoffel:  
Frauen in Europa: Chancen und Defizite  
in einem sich vergrößernden Europa,  
Reihe Eurokolleg**  
(1992)

## im Forschungsbereich (Auswahl):

■ **Vom gesellschaftlichen Umgang mit  
den Qualifikationen von Frauen,  
Reihe Arbeit und Soziales**  
(1992)

■ **Zur Aufhebung des Eheprivilegs  
im Grundgesetz,  
Reihe Arbeit und Soziales**  
(1992)

■ **Gisela Notz: Du bist als Frau um einiges  
mehr gebunden als der Mann. Die Aus-  
wirkungen der Geburt des ersten Kindes  
auf die Lebensplanung von Müttern und  
Vätern**  
(1991)

■ **Zur Zukunft der Hausarbeit,  
Reihe Arbeit und Soziales**  
März 1993